

Krakauer Zeitung.

Nr. 56.

Mittwoch den 9. März

1864.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-
preis: für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergesparte Petitzelle 5 Mrt., im Anzeigeband für die erste Ein-
richtung 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einhaltung 30 Mrt. — Insatz-Bestellungen und
Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Brieundungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 29. Februar 1864,

enthaltend einige Änderungen der Gesetze vom 9. Februar und 2. August 1850 (R. G. B. Nr. 50 und 229), vom 28. März 1854 (R. G. B. Nr. 70) und vom 13. December 1862 (R. G. B. Nr. 89), über die Stempel- und unmittelbaren Gebühren;

(Schluß.)

§. 11. Handels- und Gewerbebücher.
Als Bücher, welche nach P. 59, b der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarifbestimmungen ohne Rücksicht, ob sie gebunden oder geheftet sind, oder in losen Blättern bestehen, dem Stempel von 5 fl. von jedem Bogen unterliegen, gelten in Bezug auf Handels- und Gewerbetreibende das Journal oder Tagebuch, die Strazza oder das Ladenbuch, das Cassettbuch, die Primanota, das Facturenbuch oder Verkaufsbuch, das Magazinsbuch, das Inventar- und das Bilanzbuch.

Bücher, welche bloß über die Manipulation oder den inneren Geschäftsbetrieb geführt werden, insbesondere die Notizbüchlein, welche Handels- und Gewerbetreibende bei sich tragen, sind kein Gegenstand der Abgabe.

Jene Einschreibbücher, welche von dem Arbeitgeber an den Arbeitnehmer über die übergebenen Stoffe oder geleisteten Arbeiten erfolgt werden, selbst wenn die Abstättung des Arbeitslohnes von dem Arbeitgeber eingetragen wird, sind bedingt gebührenfrei.

§. 12. Herabsetzung der Gebühr für kaufmännische Anweisungen.

Ob Accreditive nur dem Stempel von Vollmachten (T. P. 111 der Gesetze vom 9. Februar und 2. August 1850) von 50 fl. von jedem Bogen oder jeden von Anweisungen unterliegen, kann nur nach ihrem Inhalte bestimmt werden. Handelt es sich nur darum, einer bestimmten Person eine im Maximalbetrag festgesetzte Geldsumme an einem anderen als ihrem Wohnorte nach Maßgabe ihres Begehrens innerhalb einer bestimmten Zeit zur Verfügung zu stellen, so sind sie rücksichtlich der Gebühr-Vollmachten gleichzuhalten, wofür nicht bei Anwendung der Bestimmung für Anweisungen die scalamäßige Gebühr mit einem minderen Betrage entfällt. Die Verständigung derjenigen Person, welche um die Zahlung erucht wird, ist nach P. 11, 2, c der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarifbestimmungen bedingt gebührenfrei.

Die in der T. P. 11, 2, aa der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten T. B. für Anweisungen von Kaufleuten oder auf Kaufleute festegezte Gebühr wird auf 5 fl. für jede Anweisung ermäßigt, wenn die Zahlbarkeit auf höchstens acht Tage, vom Tage der Ausstellung der Anweisung gerechnet, befrankt ist.

Anweisungen, welche den Parteien an die verschiedenen Abtheilungen einer Geschäftsunternehmung wegen der getrennten Manipulation bloß der Geschäftsortnung wegen erfolgt werden, sind bedingt gebührenfrei.

§. 13. Schlüsselzettel der Sensale.

Die in den Posten 93 und 116, d der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarifbestimmungen für Schlüsselzettel der Börse- und Waarenjähre festgesetzte Gebühr wird auf 4 fl. für jeden Schlüsselzettel herabgesetzt.

Die Auszüge aus den Tagebüchern der Sensale werden der Gebühr von 50 fl. für jeden Bogen unterworfen. Wird hieron ein gerichtlicher Gebrauch gemacht, so unterliegen sie keiner weiteren Gebühr.

§. 14. Frachtbriefe und Empfangsbestätigungen im Transportgeschäfte.

Frachtbriefe über Sendungen, welche nicht durch die k. k. Postanstalt in den Umkreis von 5 Meilen des Standortes des Aufgebers erfolgen, werden statt der in der Post 101, I. A. b der durch das Gesetz vom 13. December 1864 geänderten Tarifbestimmungen festgesetzten Gebühr von 5 fl. auf jedem Stück der Gebühr von 1 fl. zugewiesen.

Die Uebernahmscheine, welche die Spediteure über die ihnen zur Besorgung der Versendung durch Frachtführer oder Schiffer übergebenen Frachtgüter den Parteien anzustellen, sind bedingt gebührenfrei.

Die den Empfangsbestätigungen, welche dem Frachter über die Zustellung einer überbrachten Sendung ertheilt werden (P. 48, b der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarifbestimmungen), eingeräumte gebührenfreie hat auch auf Empfangsbestätigungen über die Zustellung durch

Personen Anwendung, welche im Dienste des Verkäufers stehen oder das Frachtgeschäft nicht gewerbsmäßig betreiben, wenn darin bloß die Ablieferung bestätigt wird.

§. 15. Andere Empfangsbestätigungen, welche der festen Gebühr von 50 fl. von jedem Bogen unterliegen.

Die in der T. P. 47, c der Gesetze vom 9. Februar und 2. August 1850 für Empfangsbestätigungen über erfolgte gerichtliche Depositen enthaltene Bestimmung, daß sie nur infoerner der Gebühr von 50 fl. von jedem Bogen unterliegen, als nicht nach Scala II. eine mindere Gebühr entfällt, wird auch auf alle gezeigt, hebt diese Gebühren ein und stellt die anderen nach T. P. 47 der b-zogenen Gesetze der festen Gebühr von 50 fl. unterliegenden Empfangsbestätigungen ausgedehnt, wenn der Werth der empfangenen Sachen darin ausgedrückt ist.

Unter diesen Bedingungen sind auch diese Empfangsbestätigungen über Beträge unter 2 fl. oder über Sachen im Werthe unter 2 fl. stempelfrei.

Empfangsbestätigungen, durch welche Gewerbetreibende die Uebernahme eines Gegenstandes zu einem Gewerbsverfahren bestätigen, genießen die bedingte Gebührenfreiheit.

§. 16. Lotteriegewinne.

An die Stelle der T. P. 27 B, 2, des Gesetzes vom 13. December 1862, hat folgende Anordnung zu treten. Von Gewinnen nach der Ziehung von Losen der Staats- Privatlotterien, wenn diese Gewinne nicht in Rechten bestehen, ist nachstehende Gebühr zu bemessen:

a) beim Zahlenlotto nach Scala III, wenn aber Gewinn 2 Gulden nicht erreicht, ist er unbedingt gebührenfrei;

b) bei anderen Lotterieunternehmungen, vom Gewinne, nach Abzug der Spieleinlagen (des Nominalwertes des Loses) 5 Percent.

§. 17. Eingaben um Eintragung in die öffentlichen Bücher:

a) wenn der Werth des Rechtes 100 fl. nicht übersteigt;

Die in der T. P. 53 k der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarifbestimmungen erwähnten Eingaben um Eintragung in die öffentlichen Bücher werden, wenn der Werth des einzutragenden Rechtes 50 fl. nicht übersteigt, dem Stempel von 30 kr. und wenn er 100 fl. nicht übersteigt, dem Stempel von 75 kr. für den ersten Bogen zugewiesen, die Eintragung mag zur Erwerbung eines dinglichen Rechtes oder zur Löschung angesucht werden;

b) bei wiederholter Eintragung eines und desselben Rechtes im Executionswege.

Die Gebühr für Eingaben um Supereinverleibung des executiven Pfandrechtes auf einem bereits schon in die öffentlichen Bücher eingetragenen Pfandrechte wird auf 12 kr. wenn der Werth des einzutragenden Rechtes ohne Nebengebühren 50 fl. nicht übersteigt, und auf 36 kr. wenn er 50 fl. übersteigt, für jeden Bogen ermäßigt.

§. 18. Schiedsrichterliche Urtheile.

An die Stelle der T. P. 92 des Gesetzes vom 13. December 1862 haben nachstehende Bestimmungen zu treten:

Die Gebühr hat für jede Ausfertigung des Schiedsspruches zu betragen, wenn der Streitgegenstand ohne Nebengebühren

a) 50 fl. nicht überschreitet — fl. 50 kr.

b) 50 fl. jedoch 200 fl. nicht überschreitet 1 fl. 25 kr.

c) wenn er 200 fl. überschreitet oder

d) nicht schätzbar ist 2 fl. 50 kr.

Unterliegt das Rechtsgeschäft, worüber der Schiedsspruch erfolgte, nur im Falle, wenn darüber eine

Rechtsurkunde ausgefertigt wird, der Gebühr, und wurde eine Rechtsurkunde darüber nicht ausgefertigt, so sind die Ausfertigungen des Schiedsspruches als die Rechtsurkunden über das bezügliche Rechtsgeschäft anzusehen; es ist aber hieron in keinem Falle eine geringere als die oben festgesetzte Gebühr zu bemessen.

Der Schiedsspruch, mit Ausnahme jener, welche ein der scalamäßigen Gebühr unterliegenden Rechtsgeschäft, dessen Werth 200 fl. nicht überschreitet, zum Gegenstand haben, ist in allen Originalausfertigungen und in einer stempelfreien vidimirten Abschrift

innerhalb acht Tagen, nachdem er geschöpft worden, dem zur Gebührenbemessung bestimmten Amte gegen dessen Empfangsbestätigung zu übergeben.

Anmerkung. Das Amt ist berechtigt, von den Parteien, für welche der Schiedsspruch erlassen wurde, die Nachweisung zu fordern:

a) ob über das streitige Rechtsgeschäft eine Rechtsurkunde ausgefertigt,

b) ob davon die vorschriftsmäßige Gebühr entrichtet wurde, und

c) falls es sich um ein Rechtsgeschäft handelt, Verordnung vom 6. April 1856, R. G. Bl. Nr. 50,

wovon auch ohne Ausfertigung einer Rechtsurkunde die Gebühr zu entrichten ist, ob es zur Gebührenbemessung angemeldet wurde.

Dasselbe bemüht, wenn keine Rechtsurkunde aus-

gefertigt wurde, die Gebühr vom Schiedsspruche nach dem oben festgesetzten Ausmaße, wenn aber eine Rechtsurkunde ausgefertigt, jedoch die unter b, c geforderte

Nachweisung nicht geleistet wurde, nebst der oben bestimmten festen Gebühr vom Schiedsspruche, die Gebühren vom Rechtsgeschäft und, wenn nicht auf Strafe zu erkennen ist, jene Beträge welche in dem Gesetze

als nachtheilige Folge der Übertretung fest-

gestellt sind, hebt diese Gebühren ein und stellt die mit der Zahlungsbestätigung versehenen Originalaus-

fertigungen des Schiedsspruches dem Schiedsrichter zurück. Dieser und, falls deren mehrere sind, sämtliche Schiedsrichter haften im Falle der nicht oder

nicht innerhalb der festgesetzten Frist erfolgten Anmel-

dung des Schiedsspruches zur ungetheilten Hand für

alle Gebühren, welche aus diesem Anlaß zu entrichten gewesen wären.

§. 19. Rechtsstreite, deren Gegenstand den Werth von 50 fl. nicht übersteigt.

Für Rechtsstreite, deren Gegenstand den Werth von 50 fl. nicht übersteigt, werden nachstehende in den Posten 2, a, aa und b; 43, i, h; 79 a, 1 und b;

103 A, B, a und C der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarifbestimmungen und in der T. P. 20 und 89 der Gesetze vom 9. Februar und 2. August 1850 festgesetzte Gebühren er-

mäßigt:

a) Von gerichtlichen Eingaben und Protocollen, mit Ausschluß der in der T. P. 43, h erwähnten, von 15 auf 12 fl.;

b) von Recursen T. P. 53, h. von 1 fl. auf 50 fl.;

c) von Beilagen T. P. 20 und Nutriksabschriften T. P. 89 von 15 auf 10 fl.;

d) von einfachen, gerichtlichen Abschriften T. P. 2, a, aa von 36 auf 25 fl.;

e. von amtlichen, vidimirten Abschriften T. P. 2, b von 1 fl. auf 50 fl.;

f. von der Schöpfung der Erkenntnisse der T. P. 103 A, B, a und C von 1 fl. 50 auf 1 fl.;

g. von den Beweggründen des Erkenntnisses von 1 fl. auf 50 fl.

Der Gebrauch der unter c, d, e erwähnten Beispiele mit dem minderen Stempel bleibt jedoch nur für einen Rechtsstreit, dessen Werth 50 fl. nicht übersteigt, beschränkt; bei einem anderen Gebrauche muß der auf die ordentliche Gebühr fehlende Betrag nach-

träglich entrichtet werden.

Die Angabe der Partei, daß die unter d und e

erwähnten Beispiele für einen Rechtsstreit im Werthe von nicht mehr als 50 fl. in Verwendung kommen, muß bei der Ausfertigung neben dem Stempelzeichen auf dem Beipiel bemerket werden. Zu diesem Zwecke ist die Gegenpartei, der Gegenstand der Forderung und das Gericht, vor welchem der Rechtsstreit ge-

führt werden soll, anzuzeigen.

§. 20. Gebührenfreiheit von Entscheidungsgrün-

den im summarischen Verfahren.

Die Entscheidungsgründe, welche nach Vorschrift des summarischen Verfahrens nicht auf Verlangen der Partei, sondern von Amts wegen den Streittheilen auszufertigen sind, sind gebührenfrei.

Dasselbe gilt für Ungarn, Croatię und Siebenbürgen bezüglich jener Rechtsstreite über Geldforderungen, wo der Streitgegenstand ohne Nebengebühren

die Summe von 210 fl. nicht übersteigt.

§. 21. Nächere Bestimmung der Gebühr für den

zweiten und jeden fernerem Bogen bei gerichtlichen

Eingaben.

In Bezug auf die T. P. 43 der geänderten T. B. des Gesetzes vom 13. December 1862 wird fest-

gesetzt, daß bei gerichtlichen Eingaben und deren Stelle vertretenden Protocollen, wenn sie keine Rechtsurkunden enthalten und einer festen Gebühr von 50 kr. oder einer höheren für den ersten Bogen unterliegen, die feste Gebühr für den zweiten und jeden fernerem Bogen nur 36 kr. und wenn der Streit-

gegenstand ohne Nebengebühren 50 fl. nicht übersteigt, 12 kr. zu betragen habe.

§. 22. Die in der T. P. 106, 2, der durch das Gesetz vom 13. December 1862 geänderten Tarif-

bestimmungen für Actienunternehmungen und andere Erwerbsgesellschaften, deren Theilhabern an dem Hauptstamme des gemeinschaftlichen Vermögens ein Anteil zusteht, vom Werthe der unbeweglichen Sachen festgesetzte Gebühr von 3 Prozent wird auf 1 1/2

Percent ermäßigt.

§. 23. Verzugszinsen für unmittelbar zu entrich-

tende Stempelgebühren.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der durch die Verordnung vom 6. April 1856, R. G. Bl. Nr. 50,

festgesetzten Verzugszinsen liegt auch jenen Personen und Anstalten ob, welchen die unmittelbare Entrichtung der Gebühr auferlegt oder gestaltet wurde, wenn sie die Zahlung über den festgesetzten Zahlungstermin verzögert.

§. 24. Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Vorstehende Anordnungen haben sogleich in Wirksamkeit zu treten, mit Ausnahme der neuen Scala I. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der letzteren wird nachträglich von dem Finanzminister bestimmt werden.

§. 25. Die durch das gegenwärtige Gesetz zu den Gesetzen vom 9. Februar und 2. August 1850, dann zum Gesetz vom 13. December 1862, Nr. 89 R. G. Bl. eingeführten Abänderungen treten, insofern in dem über den Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1865 zu erlassenden Finanzgesetz keine anderweitige Bestimmung getroffen werden wird, mit 31. December

Schwert ihren Lauf lassen, nachdem einerseits Lord Russell schon in der unter dem 17. December an Sir Andr. Buchanan erlassenen Despeche die Zurücknahme der Novemberversammlung, als mit einer Incorporation Schleswigs identisch, für unbedingt nothwendig erklärt hat, und anderseits die neuesten Neußerungen der dänischen Regierung ganz unumwunden darin lauten, daß man in Kopenhagen die Incorporation um jeden Preis aufrecht zu erhalten gedenkt.

Der "Wiener Corr." der "F.P." schreibt: Es war eine ziemlich wohlfeile Kühnheit, die beiläufigen Bemerkungen über die widerstrebenden österreichischen Interessen hätte man sich vollends ersparen können, wenn man soeben von Berlin aus erklärt, daß Preußen nöthigenfalls auch ohne oder gegen den Willen Österreichs in Süßland weiter vorgehen werde, denn als diese Erklärung erfolgte, war der gemeinsame Vormarsch in Süßland zwischen Österreich und Preußen beschlossen, und zwar nicht etwa blos im Prinzip beschlossen, sondern mit endgültiger Feststellung aller Detail-Dispositionen. Die That wird dem Beschluss ohne Zweifel auf dem Fuß folgen, und damit hat die ohnehin immer schwieriger gewordene Lehre von der Inpfandnahme ein Ende, und wir haben einfach den Krieg, den Krieg sans phrase, und mit allen seinen Consequenzen. Österreich und Preußen werden diese Consequenzen tragen können, Dänemark wird sie tragen müssen.

"Blackwood's Magazine", ein altconservatives Organ (Monatschrift), spricht sich gegen den Londoner Vertrag von 1852 aus. Nur Russland habe ein Interesse, die Bildung eines starken Scandinavischen Staates und die Befriedigung Deutschlands zu verhindern. Englands rechte Politik wäre es gewesen, diese allein naturngemäße und auf die Länge unabwendbare Lösung zu begünstigen und nicht zu hinterstreben.

Auch der "Botschfr." meint, daß der Artikel der "M. Post" weder von englischer noch von französischer Seite inspirirt worden, sondern daß er direkt aus polnischer Quelle geflossen, aus welcher die "Post" sehr oft schöpft. In London habe man nur sehr geringe Ursache, sich über die Möglichkeit der heiligen Allianz so sehr zu ereisen, nicht etwa blos deshalb, weil diese doch nur gegen Frankreich gerichtet sein könnte, sondern weil, wenn die Mächte wirklich Lust hätten, die heilige Allianz zu erneuern, sie die dortigen Schreier bald durch den Hinweis auf das Verhältniß Englands zur heiligen Allianz zum Schweigen bringen könnten. Bekanntlich hat seiner Zeit der damalige Prinz-Régent Georg in seinem Schreiben an die drei Alliierten diese seine grundsätzliche Übereinstimmung mit den Prinzipien der heiligen Allianz fundgegeben, der sich anzuschließen ihn die inneren Verhältnisse verhinderten. Dieses Hindernis besteht aber jetzt nicht blos für England, sondern auch für Preußen und Österreich, denn bei den auf die innere Politik gerichteten Tendenzen der heiligen Allianz wäre ihre Wiedererneuerung ohne einen vollständigen Bruch mit dem constitutionellen Systeme geradezu unmöglich.

Das wüste Geschwätz der "Morning Post" gegen Preußen und Österreich ist selbst den Franzosen zu arg und mit Ausnahme der "Opinion nationale" machen sich alle Pariser Blätter lustig über die Projekte, welche das Organ des Lord Palmerston den drei nordischen Mächten octroyirt, weil — Galizien in Belagerungs Zustand gesetzt wurde. Der "Constitutionnel" sagt: "Die Proclamation des Belagerungs Zustandes in Galizien wird in ganz Europa als ein gewichtiges und beflagenswerthes Ereignis betrachtet. Ja, gewiß ist's ein gewichtiges und bedauerliches Ereignis; aber die englische Presse scheint uns übertrieben Folgerungen daraus zu ziehen, wenn sie aus der Einführung der russischen Regierungsweise in Galizien auf eine Fusion der beiden Politiken von Wien und Petersburg schließt. Da wir nicht die Conjectural-Politik lieben, und da wir gewohnt sind, nur nach genauen Erkundigungen zu sprechen, sagen wir heute nichts weiter darüber. Wir beschränken uns, auf den Widerspruch aufmerksam zu machen, welcher zwischen dem Kriege besteht, den Österreich gegen Dänemark im Interesse der Deutschen in Schleswig im Namen des Nationalitäts-Princips führt und zwischen seinem Verfahren den Polen in Galizien gegenüber." (Die beiden deutschen Großmächte führen den Krieg in Schleswig im Namen und zur Aufrechterhaltung der Verträge. D. Ned.)

Die "France" sagt, daß der Versuch, die heilige Allianz zu erneuern, ein bedeutungsvolles Ereignis wäre, erklärt jedoch, daß gar kein officielles Anzeichen vorliege, welches die Richtigkeit der Annahme, daß diese Eventualität bevorstehe, bestätigen könnte. Sie glaubt vielmehr, daß die Maßregeln in Galizien, welche sie bedauert, durch die inneren Verhältnisse nothwendig geworden, da sie sonst im Widerspruch mit den liberalen Intentionen des Kaisers von Österreich stünden.

Seit einigen Tagen wird in Paris eine Karte verkauft, auf der Europa nach den Nationalitäten und mit Frankreich bis an den Rhein abgetheilt ist. Das einzige Pikanter dabei ist, daß diese Karte schon seit zwei Jahren existirt, ohne veröffentlicht werden zu dürfen; vor etwa 14 Tagen erhielt der Verleger die Autorisation, sie zu publiciren. Das stimmt mit dem famosen Artikel der "M. Post".

Die "Botschfr." theilt die Antwort Oldenburgs auf die Despeche vom 13. Februar mit, in welcher Österreich von jedem Buudestags-Beschluß über das Londoner Protocoll abmahn. Es wird in dieser Antwort hervorgehoben, daß Christian IX. seine Ansprüche ausdrücklich auf dieses Protocoll stütze. Am Schluß heißt es:

Wie der deutsche Bund sich auch entscheiden möge, er wird nicht zu befürchten haben, daß er seine Zuständigkeit überschreite, wenn er die Ausführbarkeit einer europäischen Antrag:

Transaction über deutsche Bundesländer in erster Linie in der jetzigen Session ein Tilgungsplan der Staatschuld an den Grundentlastungsfonds eingebracht werde, einen solchen vom Staatsministerium wenigstens für die nächste Session mit Nachdruck erbitten.

Über die Landtagssitzungen am 7. März liegen folgende tel. Berichte vor:

Czernowitz, 7. März. Verhandlung über das Strafenbaucurrenzgesetz. Die ersten 6 Paragraphen der Vorlage wurden mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Linz, 7. März. Nach dem Antrage des Landesausschusses wird die Angelegenheit betreffend die Be rechtigung der Israeliten zum Besitz unbeweglicher Güter vertagt. Hierauf Wahl des Petitionausschusses (5 Mitgl.).

Klagenfurt, 7. März. Auf den Antrag wegen Gründung einer Brandschadenversicherungsanstalt wurde nicht eingegangen. Zwei Erlasse des Staatsministeriums wurden zur Kenntniß genommen, deren erste ministerielle Erhebungen zur Vorbereitung eines allgemeinen Gesetzes über die Aufhebung des Forstzugs zufügt und deren zweiter die Aufhebung der Fleisch- und Brodtaxe für Kärnten bis auf Weiteres verfügt.

Laibach, 7. März. Zuweisung der Regierungs vorlage wegen Aufhebung des politischen Eheconsenses an einen Ausschuß. Abgeordneter v. Strahl beantragt die Reassimilation des nicht sanctionirten Stra henconcurrenzgesetzwurfs.

— 702 —

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. März. Se. f. l. Apostolische Majestät haben im Laufe des heutigen Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Se. f. Hoheit der Herr Erzherzog Albrecht wird noch in dieser Woche von seiner Reise nach München in Wien eintreffen.

Über das Befinden Sr. Exc. des Hofkanzlers Grafen Forzag liegt heute folgendes Bulletin vor: Die Nacht ruhig, obwohl der Schlaf durch den Schmerz in den neu affirierten kleineren Gelenken der Hand wenig und unterbrochen war. — Schmerz und Anschwellung in den früher affirierten Gelenken in steter Abnahme. Pulsfrequenz dieselbe. — Die inneren Organe frei. — Im Allgemeinen der Zustand beruhigend.

Die "Wiener Zeitung" veröffentlicht den am 14. November 1863 zwischen Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Preußen und Russland in Betreff der Vereinigung der jounischen Inseln mit Griechenland zu London abgeschlossenen Tractat.

Bei der Ergänzungswahl eines Landtagsabgeordneten, welche neulich der mährische Grundbesitz in Brünn vorgenommen, wurden die Stimmen Sr. Maj. des Kaisers und des Herrn Erzherzog Albrecht durch den Vertreter für den Grafen Podstakay, den in der Minorität gebliebenen Candidaten der liberalen Partei, abgegeben.

Aus Troppau, 7. d. meldet ein Telegramm der "Presse": Der Landeschef Baron Pillersdorf wurde heute an Stelle des aus dem schlesischen Landtag ausgeschiedenen Grafen Belcredi nahezu einstimmig in dem zweiten Wahlkörper der Großgrundbesitzer zum Abgeordneten gewählt.

Deutschland.

Eine telegraphische Despeche aus Berlin, 7. d., meldet: Alles deutet auf ein baldiges Vorgehen auf dem Kriegsschauplatz hin. General-Lieut. v. d. Mühlbach am 3. sein Hauptquartier nach Kolding verlegt. — Nach einem dänischen Bericht hat "Nolff Kratz" 66 Schüsse bekommen.

Unter dem 29. v. Mts. wurde von dem dänischen Generalleutnant v. Hegemann-Lindencron das nachstehende vom 29. v. Mts. datirte Schreiben bei den Vorposten der königlich preußischen combinierten Garde-Infanterie-Division durch einen dänischen Generalstabsoffizier abgegeben:

Gw. Excellenz! Im Auftrag meiner allerhöchsten kön.

Regierung gebe ich mir die Ehre, Gw. Excellenz Aufmerksamkeit darauf hinzulenken, daß die von den vereinigten kön. preußischen und kais. österreichischen Truppen besetzte

und mit Requisitionen beschwerte Stadt Kolding, sowie die

Dörfer Seest, Hjarpup mit mehreren, nördlicher liegenden

Dörfern und Land-Districten, innerhalb der Gränzen Südlands liegen. Ich ersuche Gw. Excellenz, mich mit einer

gefährlichen Antwort zu beehren, woraus hervorgehen dürfte,

daz ich Ihnen, dem erhaltenen Auftrag gemäß, diese Mitteilung gemacht habe. Ich ergreife diese Gelegenheit, um

Gw. Excellenz meine allergrößte Hochachtung anzusprechen,

indem ich die Ehre habe, mich zu zeichnen u.

Der Feldmarschall hat hierauf das nachstehende

Antwortschreiben erlassen:

Gw. Excellenz erwähre ich auf das geehrte Schreiben vom 29. Febr. c. ergebenst, daß die Stadt Kolding und einige benachbarte Dörfer südlich der Kolding-Au von den diesseitigen Vorposten zur Deckung der in Nord-Schleswig stehenden Occupations-Truppen einstweilen besetzt worden sind.

Zur reglementsähnlichen Naturalverpflegung der auf Südländschen Boden eingekwartierten Truppen gehen die Requisitionen an den Hardestvoigt von Kolding, welchem demgemäß angeheimgestellt ist, nach welchem Modus er die Land-

tagsfession gelieferten Vorarbeiten über das Communi-

cationsswesen des Landes zu berathen und noch in

dieser Session positive Anträge zu stellen. Der Lan-

deshauptmann bemerkte hierauf, daß er hinsichtlich der

Behandlung der Regierungsvorlagen, betreffend die

Gemeindeordnung, die Gemeindewahlordnung und den

Gesetzentwurf über die Bezirksvertretung einen An-

trag vom Hause erwarte.

In der vierten Sitzung des schlesischen Land-

tages am 5. d. stellte der Abgeordnete Seeliger den

westphäl. Husaren-Regiments Nr. 8 im Nord-

westen von Kolding. So ging am 25. die 4. Esca-

tron über Egved bis an die Weise Aa und warf hier zwei Dragoner-Heldwachen. Eine derselben wurde aus ihrer Stellung hinter einer abgetragenen Brücke durch das Karabinerfeuer abgeschossen und über einen Balken vorgehender Husaren vertrieben; die andere von einem voreilenden Zuge auf ihre ebenfalls abziehende Escadrone zurückgedrängt. Am 29. waren 80 Pferde derselben Escadrone im heftigen Gefecht bei Skjödeg. Sie waren durch zweimalige Attacke die Dänischen Dragoner von Kragelund bis hinter Skjödeg, mußten aber letzteren Ort räumen, als eine zweite Escadrone als Verstärkung aus Vorbase vorging.

In Flensburg ist am 6. d. ein Theil des erwarteten schweren Belagerungsgeschützes eingetroffen und sogleich nach Düppel zu weiter befördert worden.

Die Lehrer an der Flensburger Realschule sind mit Ausnahme von drei Deutschen, entlassen worden; ebenso einer der eingefleischtesten Dänen des Landes, der Medicinal-Inspector Schleißner, der sogar bei dem Irrenhaus bei Schleswig seine Dienstirung bestreben rücksichtlos verfolgte. Die Lehrer in Hadersleben, deren Lehrer gleichfalls sich vorzugsweise angelegen sein ließen, Deutsches Wesen zu verunglimpfen und zu schädigen, wurde durch den Professor Dr. Lüder, dem die Neorganisierung des höhern Schulwesens bekanntlich übertragen ist, am 2. d. geschlossen. In allen Maßnahmen der Civilliegierung spricht sich der feste Wille aus, der Dänischen Wirtschaft gründlich ein Ende zu machen.

Unter dem Sockel des Söldner Löwen, schreibt man der "Kölner Z.", befindet sich eine Kapsel, welche die Namen aller drey enthalten soll, die schon vor zwei Jahren die Incorporation Schleswigs in Dänemark als Lehrling unterschrieben. Was hieran Wahres ist, vermag wohl Niemand anzugeben, der nicht selbst einen Blick in das wohlverwahrte Document geworfen hat; daß die Kapsel aber Papiere von Interesse und Wichtigkeit enthalten muß, geht daraus hervor, daß die Dänischen Bürger Flensburgs bei nächtlicher Weile den Versuch gemacht haben, sich in ihren Besitz zu setzen. Sie hatten mit großer Anstrengung die Quadesteine des Sockels aus einander getrieben, als sie von einer Patrouille überrascht wurden, die von dem Verfallenen sogleich Anzeige machte, was zur Folge hatte, daß eine permanente Wache von acht Mann den Kirchhof besetzt hält, bis der lezte Stein und die geheimnisvolle Kapsel entfernt sein werden.

Aus Altona vom 3. d. schreibt man der "K. Z." In der Nähe von Dünt, der äußersten Vorpostenstellung auf dem rechten Flügel, auf einer Erdklippe dicht über dem Wanningbund, ist ein Observationsposten der Pioniere aufgestellt. Es ist dagegen eine Art von Höhle eingerichtet, auf deren innerer Crete oder in deren Scharte ein vorzügliches Fernglas befestigt ist, durch welches man nicht allein alle militärischen Bewegungen der Dänen zu controliren im Stande ist, sondern nicht weniger als fünf der Düppeler Schanzen einsehen kann. Mit ihrer Palisadenreihe zum Wasser herunter reichend liegt Nr. 1, der Aussicht der ansteigenden Höhe folgend die übrigen. Felsen und Felsenlänge kann man genau nach der Schrittzahl der auf den Wällen postirten Schildchen berechnen. Das Commandement scheint auch hier wie bei der Dannenwerftstellung sehr bedeutend, die Armierung, nach den frei zu sehenden Stücken zu schließen, schweres Schiffskaliber (84-Pfünder). Die Dänen schanzen noch immer, an der äußeren Wallböschung von Nr. 1 bemerkt man Chasaudagen. Aber auch vor der Stellung, nahe dem abgebrannten Vielholz, werfen sie Contrebatterien gegen die von den Preußen nahe der Büffelkoppel erbauten auf. Von der Observationsklippe erkennt man auch mit bloßen Augen die Mühlen und einzelne Häuser von Sonderburg. Auf der Rhede ankert ein Linienschiff oder eine große Fregatte, näher den Schanzen ein Schraubenteamer, kleinere Dampfsboote kommen und gehen beständig. Post- und Transportdienst verrichtet. Aus den Thüren des Dorfes Broder wuchten gewaltige Stangen, von denen Leinen zum Boden auf den Kirchhof herabführen, an denen Signale über Manöver der Dänischen Flotte auf- und niedergehoben werden, die ihre Weitergabe auf der Windmühle über Ekenlund und am Schloß von Gravenstein finden.

Die Japanesen haben am 3. d. das Hauptquartier Gravenstein, nachdem sie bei sämtlichen Prinzen Audienz gehabt, verlassen. Sie werden sich vorläufig nach Hadersleben begeben, um dem Kronprinzen, Marschall Wrangel und G. v. Gablenz ihren Besuch zu machen. Zur eventuellen Beschießung der Düppeler Position wollen sie wieder zurück sein. General Herzog Wilhelm von Württemberg, schreibt man der "K. Z." aus Schleswig geht mit raschen Schritten seiner Heilung entgegen und ist sehr heiterer Laune. Der Schmerz hat beinahe gänzlich aufgehört. Im Nebenzimmer liegt der Oberst Illeschus von Belgien-Infanterie, der ebenfalls außer Gefahr ist. Ein vom Hamburger Unterstützungs-Vereine eigens zu diesem Zwecke hierher gesandter Tapizer ist damit beschäftigt, jetzt für den Obersten eine besonders künstliche und zweckmäßige Lagerstätte zu construieren.

Die Verhaftung und Ausweisung des Dr. Gustav Rasch hat, wie man dem "Alt. Mercur" aus Kiel meldet, nun einen vollkommenen Conflict (V) zwischen den beiden Civil-Commissionären und den preußischen und österreichischen Höchstkommandirenden beigegeführt. Graf Reuter, der österreichische Civil-Commissionär, hat dem Betroffenen geschrieben, daß er von seiner Ausweisung nichts gewußt habe. Es würde ihm zur Befriedigung gereicht haben, diese Maßregel von ihm abwenden zu können, und er trage nicht das geringste Bedenken gegen seinen Aufenthalt im Herzogthum Schleswig. Die Verfügung sei von der vor seiner Ankunft institutirten Civilbehörde erlassen. Dr. Rasch hat sich nun mit diesem Schreiben und

einem Briefe des Feldmarschalls Baron v. Gablenz

worin der selbe ihm Aufnahme und Schutz in seinem der Stadt Peisern gezeigt. Das russische Militär Hauptquartier zufügt, an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karoly, gewandt, und, als zog sich, um diesem zu entgehen, nach Skupe zurück, Correspondent für das Feuilleton der Wiener Presse, um von dort, durch die Garnison von Skupe verstärkt, gemeinsam wieder den Feind aufzusuchen. Während dieser Zeit hatte sich die neu gebildete Infanterie, einstimmig immer mehr vervollständigt und wahrscheinlich durch Aufgraben versteckter Waffenvorräthe vollständig armirt. Ihre Zahl ward vom Gericht bis auf 3000 angegeben, und wenn auch hierbei starke Übertriebung stattgefunden hat, so ist doch anzunehmen, daß es eine sehr große Zahl gewesen sein muß. Dieselbe soll zur Hälfte beritten gewesen sein, wie von Personen berichtet wird, die sie aus eigener Erfahrung gesehen haben wollen. In der Nacht vom 27. zum 28. v. Mts. wandte sich nun ein großer Theil dieser Schaar nach dem Städtchen Zagorow, gewährt wird. Dänemark lehnt es aber ab, die aufgebrachten Schiffe in die Frist einzubegreifen. Inzwischen ist in der Bundesversammlung vom 25. Februar der Beschluß gefaßt, daß — unter Voraussetzung der Reciprocität — die Frist sowohl auf die mit Beiflag belegten Schiffe als auch auf diejenigen Schiffe angewendet werde, welche vor dem Bekanntwerden der Beschlagnahme in neutralen Häfen geladen haben und von dort nach dänischen, bez. deutschen Häfen bestimmt sind. „Ob Dänemark hierauf eingehen wird“, schreibt die „N. P. Z.“, steht noch nicht fest; das mit Dänemark darüber eingeleitete Bemühmen schwelt noch. Mit Rücksicht hierauf muß die Entscheidung wegen Freigabe der in diesseitigen (preußischen) Häfen mit Beiflag belegten dänischen Schiffe noch ausgesetzt bleiben. Die Freigabe der holländischen und Schleswig-Ischen Schiffe in diesseitigen Häfen ist bereits verfügt. — Wegen eines Befreiungs- und Preisen-Reglements wird die Bekanntmachung in den nächsten Tagen erfolgen.

Der geheimnisvolle Kanonenmouner, der in diesen Tagen an der preußischen Ostseeküste gehört worden ist, ist jetzt aufgeklärt. Er führt von dänischen Kriegsdampfern her, wofür manche irrt.

Frankreich.
Vor 1^o. 6. März. Carnot hat an das Siecle noch ein Schreiben gerichtet, worin er durch die Aussage eines magdeburger Bürgers, des Hrn. Comte, der eigentlich in Paris ist, erhärtet, daß das Grab seines Vaters der Fürsorge der französischen Regierung durchaus nicht bedurft hat. Diese Fürsorge, heißt es am Schlusse des Schreibens, steht übrigens in starkem Kontrast zu der 15jährigen Nichtbeachtung eines von der konstituierenden Versammlung am 29. Mai 1839 erlassenen Staatsgesetzes. Dieses noch nicht aufgehobene Gesetz befahl die Leitungsführung der Gebeine Carnots nach Frankreich und die Errichtung eines Denkmals auf einem der öffentlichen Plätze von Paris. Die Anregung dazu gab damals General Gavaudan. — Trabucco ist überglücklich. Die Staatsbehörde hat ihm das sehr leicht begehrte Blasphemie bei Strafe von 25 und 10 S.-R. den Beauftragt, es in die Befreiung der Capelle des Mausoleums zu lassen, und er darf jetzt des Sonntags während des Gottesdienstes in der Capelle des Mausoleums sich auf seinem Instrumente producieren.

Greco, Trabucco und Imperatori haben gegen ihre Verurtheilung nicht recurrirt, wohl aber der erst zweitwanzigjährige zu zwanzigjähriger Haft verurtheilte Scaglioni, der sich wie die „Gaz des Tribunaux“ bemerkert, sehr reumüthig zeigt und fortwährend von dem Kummer spricht, den er durch seinen Fehlritt seiner Familie verursacht hat.

Großbritannien.
Aus London wird dem „Botsch.“ vom 3. März geschrieben: Während vor Kurzem das Gericht verbreitet war, die Königin werde abdanken, kann ich Sie versichern, daß gerade das Gegenteil davon wahr sei. Die Königin beabsichtigt aus ihrer Abgeschiedenheit wieder herauszutreten und auch wieder bei allen öffentlichen Aktionen zu erscheinen, bei welchen sie sich in letzter Zeit durch den Prinzen von Wales vertreten ließ. Veranlassung hierzu giebt zunächst die Indignation der hohen Frau über den tactlosen Toast, den kürzlich der Prinz auf die Erfolge der dänischen Waffen ausgebracht, über welchen die Königin außer sich gewesen sein soll, und in Folge dessen sie den Entschluß gefaßt, bei allen Gelegenheiten wieder persönlich zu erscheinen. Auch der häusliche Friede auf Windsor hat durch diesen Zwischenfall gelitten. Das gegenwärtige Cabinet, dessen Tage freilich gezählt zu sein scheinen, möchte es gern sehen, wenn dem Prinzen von Wales, der nicht minder dänischfreudlich ist, als Earl Russell, ein größerer Wirkungskreis gegeben würde. Vielleicht steht die Heirat des Königs Leopold (Se. Maj. ist am 3. d. in Windsor eingetroffen) mit diesen Familien-Angelegenheiten im engsten Zusammenhang.

Italien.
Die „Italie“ läßt sich aus Neapel schreiben, daß Prinz Humbert bis Ende März in Palermo bleiben und während seines dortigen Aufenthaltes zwei kurze Ausflüge ins Innere der Insel machen wird. Die geheimen Archive Joachim Murat's, welche in Portici waren, sind vorläufig in den königlichen Palast gebracht worden; man meint, sie würden in den großen Archiven von San Severino aufbewahrt werden. Contre-Admiral Vacca ist zum Commandanten der Panzerfregatten-Division ernannt und Contre-Admiral Albini zum Range eines Vice-Admirals erhoben worden.

Russland.
Von der preußisch-polnischen Grenze, 4. d. schreibt man der „Pos. Z.“: Nachdem häufige Zugänge von Insurgenten vom Posenischen aus, die ihren Weg in der letzten Zeit auch durch den Wreschener Kreis, besonders durch die Wälder von Miloslaw, genommen, statgefunden haben, hat sich am 27. v. Mts. eine Schaar von mehreren Hunderten in der Gegend haufen 2, Handbuch 1.

Ferdinand Lusakowski aus Laska Wola, 30 J. alt, r. f., Witwer, Privatförster, wurde vom f. f. Landesgericht in Lemberg bei der Schlafverhandlung vom 4. I. M. von der Anklage wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe ob Unzulänglichkeit der Beweise freigesprochen, dagegen im Grunde des §. 523 Strafs. Zu dem Arreste von 3 Tagen verurtheilt.

Beim f. f. Kreisgerichte in Tarnopol wurden im Jänner 1. J. wegen Teilnahme an der Insurrection abgeurtheilt: Wladimir Snieznyk und Johann Wulja zum Kerker von 1 Monate.

Wien, 8. März In der heutigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages wurde bezüglich des Erlöschen des Mandats des Abgeordneten Dr. Schuska und Wiederwahl desselben der Antrag Mende's, die Wahlangelegenheit an den Landtagssaalhau zur neuerlichen Berathung und Antragstellung zurückzuweisen und der Ausschuh antrag auf Abänderung des §. 17 lit. a der Landesordnung, mit großer Majorität angenommen.

Aus Paris, 7. März, wird der „Gen. Corr.“ geschrieben: Das neuerdings amendirte Reiseprogramm des erzherzoglichen Paars wurde in seinen Hauptpunkten nun etwa wie folgt lauten: Aufenthalt in Paris bis Donnerstag den 11., zweitägiger Ausflug nach London, Rückkehr über Brüssel und Prag, wo Ihre k. Hoheiten sich von Sr. Majestät dem Kaiser Ferdinand verabschieden werden, Empfang der mexikanischen Deputation in Miramare an einem der letzten Tage dieses Monats, Abstecher nach Rom, endlich Fahrt nach Mexiko, wo das hohe Paar am 27. April einzutreffen gedenkt, wenn anders die Fahrt en escadre sich in so kurzer Frist sollte bewerstelligen lassen. Heute ist in den Tuilerien ein s. g. Geschäftsdiner, zu welchem die Minister, die Spiken der österreichischen, belgischen, mexikanischen Diplomatie, dann mehrere politische Autoritäten zugegen sein werden, morgen großes Hofconcert, Dienstag speisen Ihre kais. Hoheiten beim Fürsten Metternich. Die Unterhandlungen über die Militär Convention und einige untergeordnetere Differenzen nehmen guten Fortgang; es wird versichert und klingt sehr glaublich, daß sich der Kaiser ebenso entgegenkommend und nachgiebig zeigt, als seine Minister spröde und schwierig. Erzherzog Ferdinand Mar hat sich von seinem Unwohlsein noch nicht vollkommen erholt und ist durch die immensen Geschäfte der letzten Wochen etwas abgespannt; sein Auftreten zeigt Ernst und Entschlossenheit. Das Gefolge Ihrer kais. Hoheiten wohnte gestern der ersten Vorstellung von Dumas „ami des femmes“ im Gymnase bei.

Wie ein Hamburger Telegramm der „Presse“ meldet, hat Lord Russell ein Circularschreiben an die britischen Gesandten erlassen, in welchem er die Fruchtlosigkeit der seitherigen Bemühungen des britischen Cabinets zur Erhaltung des europäischen Friedens constatirt und für England die Verantwortlichkeit für die kommenden Ereignisse ablehnt. Die Hartnäckigkeit Dänemarks und der unbegreifliche Eigensinn Deutschlands führt zu Schriften, welche früher oder später England zur Einschaltung zwingen werden.

Altona, 7. März. Die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ meldet: Gestern landeten 20 dänische Soldaten mit 2 Offizieren bei dem holsteinischen Flecken Heiligenhafen, vermutlich um Reconnoisungen vorzunehmen.

Stockholm, 7. März. Die offizielle Zeitung meldet gerüchtweise von beschleunigten Rüstungen und von einer Truppenconcentration. Eine gestern abgehaltene große Volksversammlung forderte die Riegierung auf, Dänemark zu helfen.

Paris, 8. März. Der heutige „Moniteur“ meldet: Nachdem der Kaiser das Schiedsrichteramt in der Angelegenheit des Suezkanals angenommen, habe er eine Commission von fünf Mitgliedern ernannt, welche beauftragt ist, die streitigen Fragen zu prüfen.

London, 7. März (Nachts.) In der heutigen Unterhausöffnung kündigt Earl Derby an, er wolle morgen, ohne die Discussion anzuregen, wegen weiterer Vorlagen über die dänische Correspondenz einen Antrag einbringen.

Disraeli wünscht Information über die Invasion Süddäns und die Ansichten der Regierung hierüber.

Lord Palmerston erwidert: Die Informationen seien widersprechend, daher eine bestimmte Antwort unmöglich. Die Gründe zur Invasion seien strategischer Natur und Vergeltungsmafregeln für gecaperte Schiffe. Was die Ansicht der Regierung betreffe, widerhole er, daß angefachtes der Vorsäze Dänemarks zur Nachgiebigkeit der ganze Feldzug überflüssig, die Invasion Süddäns somit eine Aggravirung des Unrechtes sei. Die deutschen Großmächte kennen diese Ansicht Englands und brauchten nicht neuerdings von derselben in Kenntniß gesetzt zu werden.

Auf eine Interpellation Dalglish erwidert Lord Palmerston: Der deutsche Bund sei zur zuerst vorgeschlagenen Conferenz eingeladen worden und nicht zur Conferenz ohne Abschluß eines Waffenstillstandes, weil England nicht die Antwort Dänemarks abwarten wollte.

Messina, 7. März. Nachrichten aus Athen zu folge haben Modificationen im Ministerium stattgefunden und sind Unruhen in den Reihen der Universität vorgefallen.

Die „Chwila“ meldet in einer telegr. Depesche aus Wien 8. März, Abends: Preußen schickte 17,000 Mann Truppen ab als Verstärkung seiner Streitkräfte in den Herzogthümern. — Völlig grundlos ist das Gerücht, als habe Frankreich in Folge der Vorbereitungen Oesterreichs in Venetia, sowie wegen Galiziens eine Note nach Wien gesandt, und als ob es zwischen Drouyn de Chwila und Fürst Metternich zu irgend welchen Erklärungen gekommen. Frankreich und England haben auf die Notificierung der deutschen Großmächte von dem Vorrücken der Truppen nach Süddäns gar nicht geantwortet, sondern diese Sache einfach zur Kenntniß genommen. Die Circulardespach. H. Drouyn de Chwila aus den letzten Tagen des Februar erklärt, daß Frankreich Angefachtes der Ereignisse eine reservirte Stellung beobachte, doch behalte es sich Freiheit auf alle Fälle vor. Die dänisch-deutsche Frage sei eine Nationalitätsfrage (?) und Frankreich sehe einen wichtigen Präcedenzfall in dem Verfahren Oesterreichs und Preußens.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Boczek.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 9. März.

Der „Wiel“ wird um Einschaltung folgender Erklärung erachtet: Durch Urtheil des Oberlandesgerichts wurde die Suspension des Beitrags „Kronika“ auf drei Monate bestätigt. Der Herausgeber gedenkt nach Ablauf dieser Zeit die „Kronika“ weiter erscheinen zu lassen. Die Abonnenten, deren Abonnement mit Anfang März noch nicht beendigt, erhalten das Blatt später. Es wird das Bemühen des Herausgebers sein, den Forderungen und Bedürfnissen des leserlichen Publikums Genüge zu leisten.“

Der „Gaz. nar.“ zufolge wurde folgender Steckbrief gegen den Fürsten Sapieha erlassen: „Der Güstbäger Fürst Adam Sapieha, des Verbrechens der öffentlichen Anfeindung angeklagt, entfam am 18. v. aus dem Gefängnis. Die Personbeschreibung ist: 33 Jahre alt, hoher Statur, schlank, hellbraune Haare und Augenbrauen, längliches männliches Gesicht, von gelbem Teint, blauen Augen, hohe Stirn, längliche, etwas gebogene Nase, schmale Lippen, kleiner Schnurrbart und ein dünner Bart. Beim Sprechen lispelt er. Bei seiner Entwöhnung hatte er an sich einen schwarzen Hut, eine grüne Samarka, schwarze Kleider in Stiefel gesteckt und einen dunklen Bibervelz.“

„Bon den in Öst-Galizien von den Behörden saftierten Insurrections-Anfeindungen wurden im vergangenen Winter zur Bekleidung des Internaten an die betreffenden Internatssorge abgesendet: Innenstiefel 51 Paar, Mantel 80, Lodenröcke 33, Hosen 17, Waffenhose 21, Hemden 11, Sätteln 6 Paar, Kittel 125, Blousen 1, Mützen 171, Vorhemb 1, Schläfen 1.“

Amtsblatt.

Kundmachung. (229. 2-3)

Die Besitzer oder Verwahrer von Banknoten, welche auf Conventions-Münze lauten, werden um jodringender ersucht, sich wegen deren Umwechslung mit Be schleunigung an die Direction der Nationalbank in Wien zu wenden, als die Bank, mit Rücksicht auf die bereits erfolgten gesetzlichen Bekanntmachungen, vom 1. Jänner 1867 angefangen, nicht mehr verpflichtet ist, die auf Conventions-Münze lautenden Banknoten einzulösen oder umzuwechseln.

Bien, am 4. Februar 1864.

Pipitz,
Bank-Gouverneur.
Scharmitzter,
Bank-Director.

L. 1694. Edykt. (222. 3)

Ces. król. Sąd krajowy w Krakowie jako włada nadopiekuńca małoletnich Aureliusza, Julii, Kazimierza, Eufemii i Karola Fiutowskich, podaje do publicznej wiadomości, iż na wniosek opiekuna p. Seweryna Wiśniowskiego odbędzie się dnia 18 Marca 1864 o godzinie 10 zrana w tutejszym gmachu sądowym publiczna dobrowolna sprzedaż realności pod N. 25 Gm. VII., N. 94 Dz. IV. na przedmieściu Piasek przy ulicy Łobzowskiej położonej do rzeczywonych małoletnich sukcesorów po s. p. Karolu Fiutowskim należącej — składającej się z domu drewnianego mieszkalnego i stajenki, szopy, oraz ogrodu i ląki ogółem dwa morgi 1367 kwadratowych wynoszących pod warunkami poniżej wyrażonemi, jednak z tym zastrzeżeniem, iż sprzedającej za objetość i stan téj realności wraz z gruntem żadnej rękojmy niedają, a mianowicie:

1. Za cenę wywołania ustanawia się szacunek sądowski w ilości 4327 złr. 90 kr. w. a. wynaleziony, niżej którego rzeczona realność sprzedana nie będzie.
2. Mający chęć licytowania złoży na ręce komisji licytacyjnej kwotę 432 złr. w. a. w gotówce, lub w publicznych obligacyach według kursu tytułem wadyum — które złożone w gotówce w razie nabycia téj realności w cenie kupna wliczonem, zaś współlitycytom po ukończoném licytacji zwróconem zostanie.

Ponieważ na realności téj są długie hypoteczne jako to pod poz. 1 on. wiederauf w kwocie złp. 500 (wyraźnie pieczęci), dla szpitala św. Ducha zapisany z procentem 6% rocznie do Towarzystwa dobroczyństwa spłacającym się — i pod poz. 2 on. wiederauf w kwocie złp. 2000 (wyraźnie dwutyście) dla zgromadzenia p. p. Bernardynek w Krakowie przy kościele św. Józefa będących z procentem po 5% zabezpieczony, przeto obydwie te kwoty pozostają się przy téj realności z obowiązkiem opłacania od nich procentów a mianowicie dla Towarzystwa dobroczyństwa w pierwszych dniach Stycznia każdego roku, a na św. Józef co rok do zgromadzenia pp. Bernardynek — przy utrzymaniu wszelkich warunków pod jakimi te długie zhypotekowane zostały — następnie obie te kwoty łączną sumę 625 złr. w. a. reprezentujące, z otrzymanego przez licytację szacunku powyższej realności stracone zostaną.

3. Chęć kupna mającym wolno jest wyciąg hypoteczny i akt oszacowania rzeczonej realności, tudzież bliższe warunki licytacji przejrzyć w tutejszej registraturze sądowej.

Kraków dnia 9 Lutego 1864.

N. 3041. Edykt. (232. 1-3)

Vom Krakauer f. f. Landesgerichte wird hiermit bekannt gemacht, daß Herr Advokat Dr. Blitzfeld — in Folge Annahme der ihm in Bielitz verliehenen Advokatenstelle — mittelst Vollmacht dtd. Krakau 1. Februar 1864 in allen Geschäften, die ihm von seinen Clienten zur Besorgung übertragen wurden, kraft des ihm von seinen Clienten eingeräumten Substitutionsrechtes den Herrn Dr. Adolf Geissler Advokaten in Krakau zu seinem Substituten mit gleicher Macht, wie sie ihm in den bezüglichen Special-Vollmachten verliehen wurde, ernannt habe.

Krakau, 29. Februar 1864.

Edykt.

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski wiadomości, iż p. Advokat Dr. Blitzfeld w skutek przyjęcia posady Advokata w Bielsku pełnomocniem twem dtd. Kraków 1go Lutego 1864 do wszystkich spraw przez klientów do załatwienia mu poruczonych — na mocu nadanego mu przez tych klientów prawa substytowania — p. Dra. Geisslera Advokata w Krakowie swym następcą z równą władzą, jaką mu w dotyczących pełnomocniestwach specjalnych nadaną była, mianował.

Kraków, dnia 29 Lutego 1864.

L. 18316. Obwieszczenie. (233. 1-3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Ludwik Lgoocki przeciw masie leżącej Józefa Wieliczko Wittenesa i jego z imieniem i miejscu pobytu niewiadomym spłakobiercom sub praes. 18 Grudnia 1863 do 1. 18316 podanie względem przyznania na własność kwoty 786 złr. 79½ kr. w. a. wniosł i o pomoc sądową prosił, w skutek czego powyższa suma jemu na własność przyznana została.

Ponieważ pobyt zapozwanych jest niewiadomy, przeszczęśliwy ces. kr. Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych, tutejszego Adwokata Dr. Rosenbergera z zastępstwem p. Adwok. Dr. Serdy na kuratora, z którym wniesiona sprawa według Ustawy cywilnej dla Galicyi przepisanej prowadzonym będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwanym, aby w przeszczęśliwym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenty przeszczęśliwego udzielić, lub też innego zastępcy sobie obrać, i takiego tutejszemu sądowi oznajmić — albowiem w razie przeciwnym sami sobie skutki z opieszałości wyniknąć mogące, przypisać będą musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 24 Lutego 1864 r.

3. 1917.

Edykt.

(198. 3)

Vom f. f. Bezirksamt als Gerichte zu Rozwadow wird bekannt gemacht, es sei am 24. October 1861 Johann Cebula, Insasse zu Kępie Zaleszańskie ohne Hinterlassung einer lebenswilligen Anordnung gestorben.

Da diesem Gerichte der Aufenthalt der Marianna Keller unbekannt ist, so wird dieselbe aufgefordert, sich binnen einem Jahre von dem unten gesetzten Tage an bei diesem Gerichte zu melden und die Erbsverklärung anzubringen, widrigensfalls die Verlassenschaft mit den sich meldenden Erben und dem für sie aufgestellten Curator Johann Zrodłowski abgehandelt werden würde.

Vom f. f. Bezirksamt als Gerichte.
Rozwadow, am 17. Dezember 1863.

Obwieszczenie.

Ces. król. Urząd powiatowy jako Sąd w Rozwadowie niniejszym wiadomo czyni, że Jan Cebula włościanin z Kępy Zaleszańskiej zmarł na dniu 24go Października 1861 bez pozostawienia ostatniej woli rozporządzenia.

Ponieważ zaś miejsce pobytu Maryanny Keller niewiadomem jest Sądowi, przeto wzywa się ja, aby w przeciagu roku jednego, rachując od dnia niżej wyrażonego, zgłosiła się tu do Sądu, i wniosła oświadczenie do tego spadku, w przeciwnym bowiem razie postpowanie spadkowe przeprowadzony będzie ze zgłaszającymi się spłakobiercami i ustanowionym dla niżej kuratorem Janem Zrodłowskim.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądowi.
Rozwadow, dnia 17 Grudnia 1863.

Nr. 143.

Kundmachung.

(228. 1-3)

Zu Folge des hohen Kriegsministerial-Glasses vom 24. d. M. Abt. 12, N. 475 werden zur Sicherstellung des für die dem Landes-General-Commando in Ubine unterstehenden Verpflegungs-Magazine zum Auslangen bis Ende October 1. J. nötigen Bedarfes von 330 n. ö. Rentner-Kümmelzaamen beim hierortigen Landes-General-Commando Lieferungsofferte, die übrigens auch auf Theilquantitäten lauten können, angenommen werden.

Diese Offerte, worüber das h. Kriegsministerium sich die Entscheidung vorbehalten hat, müssen mit dem für das offerierte Quantum entsprechenden zehnpercentigen Badium, das beim Landes-General-Commando, oder einem Verpflegungs-Magazine erlegt werden kann, belegt sein, und längstens bis 24. März d. J. direkt hieher eingefendet werden.

Das Offert hat das abzuliefernde Quantum, den Einlieferungsstermin, den Preis und die Ablieferungsstation, genau und deutlich ausgedrückt, dann auf der Außenseite des Couverts die Bezeichnung: „Kümmel-Lieferungs-Offert“ — zu enthalten.

Die Einlieferung der offerirten Kümmel-Partie auf einmal, kann nach freier Wahl des Offerenten entweder bei einem der hierländigen Verpflegungs-Magazine, oder unmittelbar beim Verpflegungs-Magazine zu Laibach stattfinden, was im Offerte ebenfalls auszusprechen sein wird.

Der Termin, bis zu welchem das offerirte Quantum abgestellt sein muß, wird auf den 30ten April l. J. festgesetzt.

Der abzuliefernde Kümmelzaamen muß gesund, aromatisch, und derart rein sein, daß solcher bei der Probereitung nicht mehr als drei Vollmaß-Procente an Unreinigkeits-Absatz abgibt.

Uncautionierte und überhaupt solche Offerte, welche den vorstehenden Bedingungen nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt.

Unternehmungslustige werden zur Theilnahme an dieser Lieferung hiemit eingeladen.

Vom f. f. Landes-General-Commando für Galizien und die Bukowina. Abtheilung 4. N. 703.

Lemberg, am 28. Februar 1864.

L. 611.

Edykt.

(188. 1-3)

Ces. król. Sąd obwodowy w Nowym Sączu niewiadomemu z pobytu Mojżeszowi Wildfeuer a w razie jego śmierci tegoż z nazwiska i miejsca pobytu niewiadomym spłakobiercom wiadomo czyni, że Feiwei Krumholz przeciw nim, a względnie przeciw dla nich ustanowią się mającego kuratora ad actum pozew o ekstatulację prawa dzierżawy w stanie biernym realności pod N. 217 n. 3½ on. zhypotekowanego do tutejszego Sądu wniosł i że w tej sprawie do ustnej rozprawy termin na dzień 16 Marca 1864 godzinę 9 zrana wyznaczony jest.

Ponieważ miejsce pobytu pozwanych tutejszemu Sądowi wiadome nie jest, przeto na ich koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych, tutejszego Adwokata Dr. Zieliński ze substytucją p. Adw. Dr. Zajkowskiego ustanowiony został, z którym wniesiona sprawa według postępowania cywilnego dla Galicyi przepisanego przeprowadzoną będzie.

Wzywają się przeto pozwani w przynależytym czasie albo osobiste stanąć, albo potrzebne dokumenty ustanowionemu kuratorowi udzielić, lub też innego zastępcy sobie obrać, i takiego tutejszemu sądowi oznajmić — albowiem w razie przeciwnym sami sobie skutki z opieszałości wyniknąć mogące, przypisać będą musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, 8 Lutego 1864.

Die Vermieterin des ersten Stockes sub Nr. 18 Ringplatz, ist contractsmäßig verpflichtet, die von ihr gemietete Wohnung samt Möbel Sammeln andern unter keiner Bedingung abzutreten. Die Interessenten wollen das Nachhere beim Eigentümer der Realität erfahren, widrigens für selbst die nachtheiligen Folgen sich zuschreiben werden, und die Vermieterin wird für die Schaden dem Eigentümer verantwortlich sein, da die Wohnung bereits vom 1. Juli 1864 Sammeln anderen vermietet worden ist. (236. 2-3)

Wiener Börse-Bericht

vom 7. März.

Öffentliche Schulden.

A. Des Staates.

Geld Waar

In Ostr. W. zu 5% für 100 fl.	66.30	66.50
Aus dem National-Auktion zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli 79.40	79.50	
vom April — October 79.40	79.50	
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.		
Metalloque zu 5% für 100 fl.	71.20	71.40
ditto " 4½% für 100 fl.	62.50	63.
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	140.50	141.50
" 1854 für 100 fl.	89.	89.50
" 1860 für 100 fl.	92.80	93.
Como - Reuteutscheine zu 42 L. austr.	18.	18.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

von Nieder-Ost. zu 5% für 100 fl.	86.	86.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	93.50	95.
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.50	89.
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.	87.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—	—
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.	89.
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	73.25	74.
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	71.50	72.25
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.50	75.
von Galizien zu 5% für 100 fl.	70.75	71.25
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	70.25	71.
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	70.25	71.

Actien (vr. et.)

der Nationalbank.	768.	769.
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	177.40	177.50
Niederöster. Eisenbahn-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	805.	810.
der kais. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W.	1762.	1764.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.	oder 500 fl. Fr.	191. — 191.50

191. — 191.50

der kais